

Ein Ort der Chancen

VON GREGOR MAYNTZ

Pünktlich zur Eröffnung des Humboldt-Forums in Berlins historischer Mitte hat sich eine neue Bürgerbewegung präsentiert. Vor zwei Jahrzehnten eine engagierte Initiative den Wiederaufbau des Stadtschlusses auf den Weg brachte, wollen nun Künstler und Schlosskritiker in 30 Jahren das rekonstruierte Schloss wieder abreißen und durch einen Neubau des Palastes der Republik ersetzen. Es geht also weiter. Zuerst die harte Auseinandersetzung um den Abriss des Palastes, dann der jahrelange, zähe Streit um den Aufbau des Schlosses, die Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Innern, die Kontroversen um die Finanzierung bis zum erbitterten Schlagabtausch um das goldene Kreuz auf der Kuppel: Man müsste sich wundern, wenn nun alle ruhig wären und das Kulturzentrum ohne nennenswerte Aufmerksamkeit vor sich hinarbeitete.

Nicht von ungefähr kommt das Wort „Kultur“ aus dem Lateinischen und hebt sowohl auf das Bearbeiten und Pflegen in der Kunst als auch auf das Hervorbringen im Ackerbau ab. Beides hat mit Mühen, mit dem Gestalten von Neuem in einer nicht nur freundlichen Umgebung zu tun. Anders ausgedrückt: Nur wenn eine Kulturinitiative auch Reibungsfläche bietet, kann in der Auseinandersetzung damit Wärme entstehen, die die Gesellschaft davor bewahrt, dass Ideen, Erkenntnisse und Überlieferungen erkalten.

Deshalb ist das Humboldt-Forum hinter der Stadtschloss-Fassade eine gewaltige Chance nicht nur für die Kultur in Berlin, sondern auch für Politik und Gesellschaft in Deutschland. Ein neuer, konfliktgeladener Ort für die Auseinandersetzung, vielleicht gar das Zusammenfinden einer zunehmend polarisierten Gesellschaft. Um es mit den Worten des ehemaligen Regierenden von Berlin, Klaus Wowereit, aus anderen Zusammenhängen zu sagen: Und das ist auch gut so.

BERICHT STEINGEWORDENER KOMPROMISS, KULTUR

Ein Kerneuropa der Demokraten

VON ULRICH KRÖKEL

Seit sechs Jahren arbeitet die nationalistische Pis-Regierung in Polen an der Zerstörung des Rechtsstaates. Sie hat die Justiz an die Kette gelegt, drangsaliert kritische Medien und diskriminiert Minderheiten. Vorbild ist Viktor Orbán in Ungarn. Der bekennende Illiberale setzt ein ähnliches Programm seit elf Jahren ins Werk. Ungarn und Polen könnten heute nie und nimmer der EU beitreten, weil sie das Kriterium „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ nicht erfüllen. Doch beide Länder sind Mitglieder und können nicht rausgeworfen werden. Was also tut die EU-Kommission? Sie schreibt Berichte.

Seit 2020 gibt es ein neues Format, den Rechtsstaatsbericht, der sich für Polen und Ungarn nicht schön liest. Dennoch werden sich Orbán und Pis-Chef Jaroslaw Kaczynski bei der Lektüre ein Lächeln kaum verkneifen können. Wenn sie überhaupt hineinschauen. Denn aus all den Papieren folgt bislang: nichts. Kommissionschefin Ursula von der Leyen hat immerhin angekündigt, im Herbst den ebenfalls 2020 eingeführten Rechtsstaatsmechanismus anzuwenden. Weniger Geld für die Demokratieverächter im Osten, könnte das heißen. Könnte. Im Herbst. Vielleicht.

Ein einziges Mal hat die Kommission in diesem Trauerspiel bislang kraftvoll gehandelt. Nur zwei Monate nach dem Amtsantritt der Pis-Regierung griff sie 2016 zur „nuklearen Option“, dem Artikel-7-Verfahren. Damit kann eine Mitgliedschaft ausgesetzt werden. Wenn es kein Veto gibt. Das aber kündigte Orbán an, und so gab die Kommission klein bei. Warum eigentlich? Man hätte von allen Staaten ein Votum für oder gegen die EU-Grundwerte einfordern können. Und dann hätte ein demokratisches Kerneuropa die Anti-Demokraten zurücklassen können. Das ist eine alte Idee, die nicht gut zum Geist der EU passt. Aber sie ist immer noch besser, als sich dem Illiberalismus zu beugen.

BERICHT SCHLECHTES ZEUGNIS FÜR POLEN UND UNGARN, POLITIK

Impressum RP



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Die Not in den Hochwasserregionen weckt Hilfsbereitschaft. Oft muss es erst schlimm kommen, damit Bürger sich von ihrer guten Seite zeigen. Mit der Kraft des Zusammenhalts sollten wir aber realistisch umgehen.

Das Beste im Menschen

VON DOROTHEE KRINGS

Nun staunt das Land wieder über sich selbst. Denn bei allem Schrecken über das Ausmaß der Hochwasserkatastrophe, bei aller Trauer über die vielen Menschen, die gestorben sind, bei allem Mitgefühl mit denen, deren Existenzen weggespült wurden, gibt es eben auch all die Geschichten von Leuten, die plötzlich neben den Betroffenen im Dreck stehen und schippen oder einen Topf Bohnensuppe vorbeibringen oder für ein paar Tage die Kinder übernehmen. Und die Hilfe kommt nicht nur von Freunden und Verwandten, auf die man eh immer zählen kann, sondern auch von Fremden.

Von entfernten Nachbarn, von Leuten, die im Internet Hilferufe lesen – und ihre Gästesofas ausklappen oder ihre Waschmaschine anbieten oder vorbeikommen, sich in die Helferkette stellen. Und erleben, wie nicht nur das Chaos schwindet, sondern vor allem etwas Anderes wächst: Zusammenhalt.

Paradoxerweise wecken Krisen Gutes im Menschen: Mitgefühl, Hilfsbereitschaft, Tatkraft. Wenn in diesen Tagen von entsprechenden Szenen zu hören ist, schwingt oft ein Staunen mit, dass Menschen ja auch so sein können: selbstlos. Denn was gerade in vielen Orten geschieht, ist tatsächlich Altruismus, also Hilfe aus Freude am Helfen.

Weil es notwendig ist. Wenn Fremde Schlamm kehren, erwarten sie keine Gegenleistung. Sie haben nichts davon – im Sinne des Kosten-Nutzen-Kalküls, das die meisten Lebensbereiche beherrscht und das Denken formt. Wer Kaffeekannen und Kuchen in den Bollerwagen packt und bei Betroffenen vorbeigeht, erlebt aber etwas Anderes: Er wird Teil einer Solidargemeinschaft.

Das ist nicht nur für die Betroffenen hilfreich, das stärkt auch die Helfen-

den. Es gibt ihnen das Gefühl, zu etwas Stärkerem zu gehören, das auch Wassermassen trotz. Das hinterlässt vielleicht sogar Spuren bei denen, die alles nur von Ferne betrachten. Denn es zeigt, dass es auf die Initiative und Begabung jedes Einzelnen ankommt, aber eben auch auf das Netz, das diese Individuen knüpfen. Und auf die Einsicht, dass es ohne Netz nicht geht.

Natürlich gab es auch Plünderungen, gab es Gaffer und Diebe. Aber vor allem gab es Menschen, die sich rühren ließen und aktiv wurden. Und plötzlich scheint einmal mehr aller Zynismus von der Gesellschaft abzufallen. Leute haben nicht die Arme verschränkt, sondern die Ärmel hochgepumpt. Sie wollten ein Stückchen Ordnung zurückholen. Irgendwo anpacken. Wenigstens das.

Dieses Über-sich-Hinauswachsen in der Not hat wohl damit zu tun, dass Leute in Katastrophenlagen konkret und unmissverständlich gefordert sind. Jetzt und hier liegt die Not vor ihnen. Die Situation stellt nur eine Frage: Nimmst du die Schaufel in die Hand? Für manche ist das die Gelegenheit zu zeigen, was in ihnen steckt. Es gibt keine sozialen Hürden, nur akute Anforderungen. Was zeigt, wie groß das Potenzial ist, wenn Menschen sich gebraucht fühlen.

Ein anderer Faktor ist die Nähe. Viele haben den Starkregen selbst erlebt, kennen Betroffene. Jeder, der daheim mal einen Rohrbruch hatte, hat wenigstens eine Vorstellung davon, welch zerstörerische Kraft Wasser besitzt. Es fällt also nicht schwer, sich auszumalen, man selbst müsse in diesen Tagen auf die verdreckten Reste seines Zuhauses blicken. Was da alles in Trümmern geht an Hoffnungen, Plänen, Sicherheiten, Erinnerungen! Diese Vorstellung weckt wie ein Reflex den Wunsch zu helfen, es bei anderen wieder gutzumachen, das Unheil zu überwinden – und für sich selbst zu bannen, auch wenn das irrational ist.

INFO

Wenn der andere im Vordergrund steht

Altruismus Der Begriff aus dem lateinischen „alter“ (der andere) bezeichnet eine Eigenschaft, die Menschen uneigennützig oder selbstlos handeln lässt. Der Philosoph Auguste Comte hat Altruismus als Gegenbegriff zum Egoismus eingeführt. In seinem Sinne sollte sich Altruismus dadurch auszeichnen, dass er einem Individuum zugunsten eines anderen Individuums mehr Kosten als Nutzen einbringt. Debattiert wird aber, ob der Mensch nicht auch aus dem altruistischen Handeln Nutzen zieht.

Norm und Moral Altruistisches Handeln kann unterschiedliche Motive haben. Beruht es auf Normen, haben Menschen Werte wie Gerechtigkeit so verinnerlicht, dass sie Nachteile in Kauf nehmen, um gemäß ihren Werten zu handeln. Altruismus kann aber auch aufgrund geltender Moral verlangt sein, etwa wenn Menschen nach einem Unfall anderen zu Hilfe eilen, weil das moralisch geboten ist.

Nächstenliebe Auch die christliche Nächstenliebe ist uneigennützig, allerdings stellt sie die Kosten-Nutzen-Abwägung nicht in den Vordergrund, sondern geht davon aus, dass alle Hilfe aus Liebe geschieht und auch den Helfenden beschenkt.



Eine Menschenkette im schwer betroffenen Bad Münstereifel. FOTO: DPA

WISSENSDRANG

Andauernder Starkregen hat in der vergangenen Woche dazu geführt, dass Flüsse über die Ufer traten und ganze Ortschaften verwüsteten. Hunderte Menschen kamen ums Leben. Man deutet auf den globalen Klimawandel als Ursache. Mag sein, dass die Klimaerwärmung hier eine Rolle spielt, aber es hat auch schon in früheren Zeiten solche tagelangen starken Regenfälle gegeben. Das Ausmaß der Katastrophe zeigt, dass unser Katastrophenschutz nicht ausreicht, denn die heutige Meteorologie kann solche Wetter vorhersagen. Warum sind die Menschen nicht rechtzeitig gewarnt und evakuiert worden? Warum gibt es an manchen Orten nicht einmal Sirenen? Warum verschnarchte der von unseren obligatorischen Beiträgen finanzierte

Kontrolle und Aberglaube

Die Natur lässt sich nicht beherrschen. Wenn das klar wird, ist das Entsetzen groß.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

WDR die erste Nacht, statt den Betroffenen ständig Informationen zur Gefahrenlage zu liefern? Die Flutgefahren sind die langfristige Folge einer desaströsen Entwässerungs- und Baupolitik. Durch die Begradigung und Kanalisierung der Flüsse haben sich die Flussläufe verkürzt, das Wasser fließt viel schneller ab, und stromabwärts steigt die Überschwemmungsgefahr. Vor allem aber durch die großflächige Entwässerung von Auen und Sümpfen, die Bodenversiegelung und die flussnahe Bebauung sind die Regenfluten so gefährlich geworden: Wasser, das nicht im Boden versickern kann, schwillt zu einer oberirdischen Flut an, die sich dann durch asphaltierte Straßen ihren Weg bricht. Das ist längst bekannt. Wir leben in

dem Aberglauben, dass die Wissenschaft, die Technik und zuständige Politiker die Wassergefahren trotz dem irgendwie magisch kontrollieren. Wenn diese Illusion flöten geht, bekundet man Fassungslosigkeit – über die Verwüstungen und über Armin Laschet, als er beim Besuch der Flutopfer bei einem kindlichen Gelächter mit Mitarbeitern erwischt wurde. Ein effektiver Katastrophenschutz mit Frühwarnsystem und langfristig eine Renaturalisierung der Flussumgebungen mit Auen, in denen das Wasser versickern kann, wären wichtiger als ein gravitatischer Ministerpräsident.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.